

Dies bleibt der Stammwählerschaft natürlich nicht verborgen, so dass die Politikverdrossenheit weiter steigt. Das Projekt, alle Reformorientierten in einem politischen Verbund zu versammeln, ist am Wertefundament der Christsozialen gescheitert. So hatte der Vatikan leichtes Spiel, alle minderheitsrechtlich und bioethisch relevanten Gesetzesentwürfe des Mitte-Links-Bündnisses zu vereiteln. Nur in den traditionellen Linksregionen Mittelitaliens hält sich die politische Linke. Damit avanciert sie zur Regionalpartei, die

in der Vertretung lokaler Interessen, Gesinnungen und Lebensformen zutiefst verankert ist. Diese sind zwar bei Weitem demokratischer und solidarischer als die Fragmentierungsvisionen der *Legia Nord*. Sie haben es aber trotzdem bislang nicht geschafft, die Mehrheit der Italiener für sich zu gewinnen. So werden erst die nächsten Parlamentswahlen zeigen, ob sich Italien aus der aktuellen Erstarrung seiner Demokratie lösen kann, oder dazu bestimmt ist, in das Korsett eines protomodernen Ständestaates eingepfercht zu werden.

*Analyse:*

**Wolfgang Jüttner**

## Mehr direkte Demokratie?

### Eine Relativierung

*Deutschland im Jahr 2010. Die Erwartungshaltung einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft an Politik hat sich verändert. Viele möchten nicht mehr nur wählen gehen, fühlen sich im parlamentarischen System nicht hinreichend vertreten und wollen sich stärker einmischen. Welche Argumente Pro und Contra direkte Partizipation gibt es aus Sicht der politischen Praxis?*

#### Wolfgang Jüttner

(\* 1948) war bis 2010 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und der SPD-Grundwertekommission.



wolfgang.juettner@lt.niedersachsen.de

Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut gemeistert, und ist doch ein Land in Unruhe. Das Verhältnis von Wählenden und Gewählten stimmt immer weniger. Die Wahlbeteiligung nimmt kontinuierlich ab, eine Repräsentationslücke tut sich erkennbar auf. Auf der anderen Seite nimmt der gesellschaftliche Unmut über getroffene politische Entscheidungen systematisch zu. Es ist – natür-

lich auch – der erwartete Protest, z.B. der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau, aber es ist vor allem der Protest aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft gegen Atompolitik, Großinvestitionen, vielfältige Reformen aus ganz verschiedenen Politikfeldern. Dieses Engagement lässt sich nicht einfach abtun als Abwehr von Veränderungen und Sicherung von Privilegien. Im Einzelfall ist es das durchaus. Es hat an vielen Stellen auch anti- bzw. nichtparlamentarische Komponenten und dokumentiert damit auch die oft erkennbare Alltagsferne von professioneller Politik.

Partizipation – das Wort der Stunde, neu ist es nicht. Auch die Parteien haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Sieben Gesetzesentwürfe sind seit 2002 in den Bundestag eingebracht worden, um ple-

bisitzäre Elemente in die Verfassung »ein-zubauen«, allesamt bisher an der CDU/CSU gescheitert; in den Ländern sind Volksbegehren und Volksentscheid in unterschiedlicher Intensität verankert worden; die Parteien haben ihre Praxis der Mitgliederbeteiligung verstärkt, zum Teil über die Regelung des Parteienrechts hinaus, für einzelne Projekte wie »Stuttgart 21« wird ein Volksentscheid propagiert, nachdem alle parlamentarischen Entscheidungen gefallen sind, und inzwischen Rechte Dritter in relevanter Größe entstanden sind.

Jeder Ruf nach mehr Partizipation wird von der demokratischen Linken in Deutschland nahezu einmütig unterstützt. Direkte Demokratie – Therapie für alle und alles?

»Mehr Demokratie wagen« – dieses Motto von Willy Brandt aus der Regierungserklärung von 1969 muss für die Sozialdemokratie auch heute gelten – innerorganisatorisch und gesellschaftlich. Es zielt auf die gesellschaftlichen Bereiche, die bis heute erkennbare Defizite aufweisen: Wirtschaftsdemokratie und betriebliche Mitbestimmung, ein Thema, das viel mehr Aufmerksamkeit verdient; der Bildungssektor, um Demokratie in Erziehung und Sozialisation zu leben.

### **Defizite direkter Demokratie**

Aber ist direkte Demokratie in jeder Situation die angemessene Therapie für gesellschaftliche Problemstellungen, gar der Schlüssel zur Lösung der Beseitigung der Legitimationsprobleme des parlamentarischen Systems?

Ich möchte Zweifel anmelden: Das Beispiel »Schulreform in Hamburg«. Der Volksentscheid im Juli 2010 der Initiative »Wir wollen lernen« hatte das Ziel, das Projekt aller Parlamentsfraktionen in Hamburg, durch organisatorische Maßnahmen Chancengleichheit zu erhöhen und Bildungsreserven auszuschöpfen, rückgängig

zu machen. Die Wahlbeteiligung betrug 39,3 %; 58 % stimmten mit Ja, 42 % waren Neinstimmen. Der Volksentscheid ist bindend, so die Verfassungslage in der Hansestadt, da mehr als 20 % der Wahlberechtigten ihre Zustimmung gegeben haben.

Die besseren Stadtteile hatten eine überragende Wahlbeteiligung, in Problemvierteln betrug die Wahlbeteiligung teilweise weniger als 10 %.

Fazit: Eine gut organisierte, politisch interessierte Minderheit hat ausgegrenzt, zu Gunsten ihrer eigenen Kinder Bildungschancen Dritter negativ beeinflusst. Dieser »Putsch der Eliten« war ein Signal, zumal er auch noch als Sieg der Demokratie abgefeiert wurde: Von den Eliten, von den Medien, vom Volke, schließlich war es eine Volksabstimmung.

Es war ein Signal auch in andere Bundesländer, sich besser nicht in Konflikte mit wirtschaftlich Mächtigen und Meinungsträgern einzulassen. Es sollte auch ein Signal an die demokratische Linke sein: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Aber nicht zu jeder Zeit und jeder Gelegenheit muss die direkte Ausübung durch Teile des Volkes die politisch angemessene Form sein.

Die Wahrung der Rechte Dritter kann im Einzelfall negativ berührt sein, und oft dürfte auch strittig sein, wem in einer Entscheidung ein Mitwirkungsrecht zusteht. Warum dürfte ich als Norddeutscher z.B. am Volksentscheid »Stuttgart 21« nicht teilnehmen, obwohl die finanziellen Auswirkungen der Investitionskosten weitreichende Folgen auf die Hinterlandverkehre in ganz Deutschland haben?

### **Wahrung des normativen Aspekts direkter Demokratie**

Die Linke ist deshalb gut beraten, ihren Anspruch auf Ausweitung von Beteiligungsrechten nach sorgfältiger Debatte zu konkretisieren.

*Erstens:* Ich hatte persönlich eine Bürgerbefragung in Hannover 1990 zu verantworten, zehn Jahre vor Eröffnung der Expo. Wir wollten als örtliche Parteigliederung diese Großveranstaltung, aber wir wollten – zu Beginn der Planung – die gesellschaftliche Legitimation durch die Bevölkerung, übrigens knapp erfolgreich. Derartige konsultative Befragungen sind meines Erachtens an vielen Stellen möglich und auch notwendig. Sie sind zu ergänzen durch kontinuierliche Transparenz und Beteiligung in Planungsprozessen. Damit könnte das Beteiligungsinteresse gewährleistet werden und zugleich Planungs-

sicherheit nach parlamentarischen Beschlüssen sichergestellt werden. Umfassende Beteiligung vor Entscheidungen führt in der Regel zu angemesseneren Entscheidungen in der Sache und erhöht die Legitimation. Hier liegt der Schlüssel verbesserter Reputation der Politik.

*Zweitens:* Volksentscheide müssten mit ambitionierten Normen versehen werden, um den repräsentativen Charakter der Entscheidung zu gewährleisten.

*Drittens:* Gemeinwohl bleibt auch weiterhin mehr als die Summe von Teilinteressen. Es ist das Ergebnis intensiver politischer Diskurse und setzt Kontinuität und gesellschaftspolitischen Gesamtanspruch voraus. Dies wird auch weiterhin nur durch Parteien gewährleistet sein. Dies setzt jedoch eine Runderneuerung in den Parteien und ein neues Austarieren des Verhältnisses von Parteien und Gesellschaft voraus.

Allmachtsfantasien sollten der Vergangenheit angehören. Eine angemessene Auslegung des Verfassungspostulats »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit« könnte den Übergang vom Parteienstaat zu lebendigerer Parteiendemokratie nach sich ziehen, die Rückeroberung des Diskurses von der Talkshow ins Parlament und in die Parteien. Transparenz statt Lobbygeflüster und die Diskriminierung von sogenannter Alternativlosigkeit könnten der politischen Sphäre wieder das Leben einhauchen, das die Entfremdung zwischen Gesellschaft und Politik beenden könnte. Die Spaltung dieser Gesellschaft läuft nicht zwischen »politischer Elite« einerseits und dem Rest, sondern ist weiterhin sozial determiniert. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, durch ihre Politik der Parteilichkeit die erkennbare Repräsentationslücke zu schließen und durch ihre Politik zu glänzen: im Kampf für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, einen funktionierenden Rechtsstaat, Chancen für alle. Der Ausbau von Beteiligungsrechten kann und wird dazu beitragen. Heroisieren ist fehl am Platze.